

Demokratie und neue Medien

Demokratie und neue Medien. In: Diendorfer, Gertraud/ Maier-Rabler, Ursula (Hg.): Partizipativer Unterricht mit PoliPedia. Ein webgestütztes Tool für kollaboratives Lernen, 2013, S. 7-12

Demokratie und Neue Medien

Von Beginn an wurden große Hoffnungen in das demokratisierende Potenzial des Internets gesetzt: Verstärkte Bürgerbeteiligung und verbesserte politische Kommunikation, mehr Transparenz und Zugang zu Informationsbeständen sollten Tendenzen der zunehmenden (politischen) Apathie entgegenwirken. Insbesondere die kooperativen und kollaborativen Möglichkeiten des Social Web (oder Web 2.0) nähren diese Hoffnungen. Die dynamischen technologischen Entwicklungen führten auch zu einer Renaissance der Demokratietheorie. Dabei wurden unter anderem Konzepte der „partizipativen Demokratie“

(Pateman 1970), Barbers „strong democracy“ (1994) oder die deliberative Demokratie (Fishkin 1991; Habermas 1992, 1996) weiterentwickelt. All diesen Konzepten ist gemein, dass sie auf die Demokratisierung aller Lebensbereiche und die Maximierung von Partizipationschancen abzielen.

Mit dem Internet steht eine Infrastruktur zur Verfügung, die das Potenzial hat, das Verhältnis zwischen BürgerInnen und Regierung nachhaltig und tief greifend zu verändern. Seine Interaktivität, die Ko-Präsenz von vertikaler und horizontaler Kommunikation, der Abbau der Mittlerrolle im Kommunikationsprozess, die geringen Kosten sowie die rasche (Echtzeit-) und grenzüberschreitende Kommunikation machen das große demokratische Potenzial des Internets aus (Bentivegna 2002). Es stellt eine enorme Fülle an Informationen bereit, verknüpft Text, Ton und Bild, eröffnet Kommunikationsräume und bietet vielfältige Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten. Web-2.0-Anwendungen sind besonders partizipationsfördernde Technologien. Noch nie war es so einfach, eigene Inhalte ins Netz zu stellen und zu verbreiten, mit anderen zu kommunizieren, zusammenzuarbeiten und Inhalte auszutauschen.

Insbesondere auf lokaler Ebene gibt es zahllose Beispiele, wie Bürgerinnen und Bürger, von Entscheidungen unmittelbar Betroffene, Expertinnen und Experten online mit der Verwaltung zusammenarbeiten. E-Partizipation lässt sich in vier Stufen gliedern: Information, Konsultation, Kooperation und Mitentscheidung. Diese partizipative Form der politischen Problemlösung soll nicht nur bessere Entscheidungen hervorbringen (indem das partikulare Wissen der Bürgerinnen und Bürger genutzt wird), sondern auch dazu führen, dass diese Entscheidungen von einer breiten Bevölkerungsschicht mitgetragen werden.



E-PARTIZIPATION

meint die Einbeziehung von BürgerInnen in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse mit Hilfe der Neuen Medien, nämlich Internet und Mobilkommunikation. Damit soll citizen-empowerment erzielt werden, also die Ermächtigung der BürgerInnen zur aktiven Mitgestaltung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Aus: Forum Politische Bildung (Hg.): Medien und Politik, Informationen zur Politischen Bildung Nr. 35, 2012, S. 19

Demokratie und Jugend

Das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik ist ein widersprüchliches. Einerseits stehen sie (Institutionen-)Politik zu einem hohen Prozentsatz distanziert bis desinteressiert gegenüber. Andererseits bekundet die überwiegende Mehrheit grundsätzliche Zufriedenheit mit der Demokratie. In der Jugendforschung wird die junge Generation daher treffend als eine Generation „passiver DemokratInnen“ bezeichnet.

Ein Grund für die Distanz liegt in der engen Auffassung, die Jugendliche von Politik haben. Jugendliche reduzieren Politik sehr stark auf medienvermittelte Parteien- und Institutionenpolitik, weshalb kaum Möglichkeiten der politischen Partizipation damit verbunden werden. Sie nehmen sich selbst häufig auch nicht als AdressatInnen von Politik bzw. Partizipationsangeboten wahr (Maier-Rabler/Neumayer 2008: 5). Jugendliche haben öfters den Eindruck, dass ihre altersspezifischen Bedürfnisse, Ängste und Interessen von PolitikerInnen ignoriert werden. Dabei ist die Einstellung der Jugendlichen gegenüber der Demokratie nicht negativer als in anderen Altersgruppen: Zwei Drittel der 14- bis 24-Jährigen sind sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie und halten sich für politisch interessiert. 60 % sind auch zu aktiver politischer Partizipation bereit (vgl. Filzmaier 2007: 187ff.). Aktive Partizipation in Politikfeldern, von denen sie sich selbst betroffen fühlen, wird von Jugendlichen als wichtig betrachtet (vgl. Perlot/Zandonella 2009: 443). Selbst aktiv werden Jugendliche am ehesten, wenn es um Themen wie Bildung oder Zukunftschancen geht, die für sie von unmittelbarer Relevanz sind (Großegger 2012: 2).

Das Handicap der Politik besteht also „nicht in grundsätzlicher Teilnahmslosigkeit Jugendlicher gegenüber gesellschaftspolitisch relevanten Thematiken, sondern in einer durch die Institutionenpolitik bzw. deren medialer Vermittlung provozierten und sich perpetuierenden Skepsis gegenüber allem, was begrifflich mit (Institutionen-)Politik assoziiert ist, bzw. allem, was Jugendliche gedanklich mit dem Thema (Institutionen-)Politik verbinden“ (Großegger 2008: 15). Dabei stehen Jugendliche politischer Bildung sehr offen gegenüber (Filzmaier/Klepp 2009: 346f.).

Themeninteressen

Jugendliche zeigen ein wenig ausgeprägtes Interesse an Formen traditioneller Politik. Einen hohen Stellenwert bei den Jugendlichen haben hingegen für sie lebensnahe Themen.

Freunde, Gesundheit und Familie sind für 80 % der österreichischen Jugendlichen sehr wichtig, ebenfalls eine hohe Relevanz wird den Themen Weiterbildung, Schule und Beruf zugesprochen, während Politik nur von 5 % als sehr wichtiges Thema eingestuft wird (Ulram 2007: 8). Diese Ergebnisse decken sich auch mit jenen aus der Jugendstudie von Maier-Rabler und Hartwig (2007), wonach ebenfalls persönliche und individuelle „Näthemen“ einen höheren Stellenwert einnehmen als „ferne Themen“ wie Jugendpolitik, Europa, Globalisierung (Maier-Rabler/Neumayer 2008: 5). Das politische Interesse junger Menschen kann folgendermaßen charakterisiert werden: „[...] kleinräumig, sehr flexibel, von Fall zu Fall, hochfluktuativ und einzelthematisch an Vorhaben und Projekten gebunden“ (Hafeneger 2001: 221).

Allerdings lässt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen Themeninteresse und Informationsdefizit feststellen: mehr Information führt auch zu mehr Interesse. Mehr

Information bzw. mehr Wissen über ein Thema macht dieses individuell wichtiger und erhöht auch die Bereitschaft, sich in diesem Feld zu engagieren. In Bezug auf Politik fühlt sich nach einer Studie von Filzmaier (2007) nur ein Drittel der Jugendlichen ausreichend informiert.

Mediennutzung

Die Art der Mediennutzung beeinflusst die Bereitschaft junger Menschen zu politischer Partizipation, wobei aktiv-rezeptive Medien wie Internet oder Zeitungen einen stärkeren Einfluss ausüben als passiv-rezeptive wie Radio und Fernsehen (Spannring/Ogris/Gaiser 2008). Zwar nutzen Jugendliche je nach Thema unterschiedliche Quellen, insgesamt dominiert aber das Internet als Informationsquelle. Generell gehören Jugendliche zu den IntensivnutzerInnen der Neuen Medien wie Internet und Mobilkommunikation. Wie eine Untersuchung der Internetkompetenz von 14-Jährigen in Österreich zeigt, surfen zwei Drittel dieser Altersgruppe täglich im Internet. Vier von fünf gaben an, soziale Netzwerke aktiv zu nutzen. Nur 5 % der Befragten gehören laut eigenen Angaben keinem Online-Social-Network an (vgl. Parycek/Maier-Rabler/Diendorfer 2010: 235). Auch Web 2.0 wird von den Jugendlichen bereits intensiv genutzt. So kennt zum Beispiel zwar erst ein Fünftel der Jugendlichen Wikis, diese nützen es jedoch in hohem Maße als Informationsquelle. Das lässt darauf schließen, dass vor allem Jugendliche in absehbarer Zeit mit fortschreitender Bekanntheit diese Technologien stark als Informationsquelle benutzen werden.

Junge Menschen nutzen das Internet anders als ältere Generationen (Livingstone 2003: 15–16). Sie nutzen es für künstlerischen und kreativen Ausdruck, erstellen selbst Inhalte und teilen diese mit anderen. Viele von ihnen sind Teil einer partizipativen Kultur. Es liegt also eine große Chance darin, die Web-Affinität von Jugendlichen, insbesondere für Web 2.0 und Soziale Netzwerke, für politische Beteiligung zu nutzen und der Politikverdrossenheit mit neuen Partizipationsangeboten zu begegnen.

PARTIZIPATIVE KULTUR

Nach Jenkins et al. (2009: 6f.) weist eine partizipative Kultur folgende Charakteristika auf:

1. geringe Schwellen zu künstlerischem Ausdruck und zivilgesellschaftlichem Engagement
2. starke Unterstützung für das Erstellen eigener Manifestationen und das Teilen dieser
3. eine Art informeller Mentorenschaft, wobei erfahrenere Mitglieder ihr Wissen weitergeben
4. Mitglieder, die überzeugt sind, dass ihr Beiträge zählen
5. Mitglieder, die eine gewisse soziale Verbundenheit verspüren

Partizipation und Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen

Die Befunde zur politischen Partizipation Jugendlicher zeigen deutliche Unterschiede zu den Beteiligungsmustern früherer Generationen. Das Partizipationsverständnis der heutigen Jugend entfernt sich immer mehr vom klassischen Prinzip der politischen Beteiligung. Der tradierte Partizipationsbegriff ist eng verbunden mit klassischen, formalen politischen Aktivitäten. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels, der auch jugendliche Alltagswelten erfasst, haben sich neue Interessen, Motive und Formen der Partizipation herausgebildet. Unkonventionelle Beteiligungsformen erfreuen sich größerer Beliebtheit. Partizipation findet immer häufiger „in einem individualisierten Kontext außerhalb gesellschaftlicher Institutionen und bezogen auf die kleinen sozialen Welten, in denen die Jugendlichen alltäglich agieren, statt“. In der Jugendforschung spricht man in diesem Zusammenhang von „Ent-Ideologisierung der Jugend und einem

Trend zu individualisiertem Engagement“ (Großegger 2008: 13). Laut Shell-Jugendstudie 2010 meinen 71 % der deutschen Jugendlichen, sich in Politik einzumischen, sei heute „out“ (Schneekloth 2010: 142). Politisches Engagement von Jugendlichen erfolgt nur mehr selten in Form von Mitgliedschaft in (partei-)politischen Organisationen. Viel eher greifen sie auf politische Artikulationsformen zurück, die es ermöglichen, „zu einem konkreten und für sie auch persönlich relevanten Thema ein spontanes politisches Statement abzugeben“ (Großegger 2012: 2).

Eine grundsätzliche Partizipationsbereitschaft ist dann festzustellen, wenn es konkrete Konsequenzen gibt und es andererseits um Themen mit hoher Relevanz für Jugendliche geht. Damit diese grundsätzliche Bereitschaft in tatsächliche Beteiligung und politisches Engagement übergeht, braucht es positive Partizipationserfahrungen. Entsprechende Angebote müssen auch im Unterricht geschaffen werden, denn die Schule ist jener Ort, an dem intendierte politische Sozialisation stattfindet (Pelinka 2006: 51).

Partizipation stellt einen Prozess des „social training“ für die Demokratie dar (Pateman 1970: 42), mit dem kaum früh genug begonnen werden kann, damit Bürgerinnen und Bürger persönliche Einstellungen und Eigenschaften entwickeln können. Partizipation ist mit einem Lerneffekt verbunden – unter einem psychologischen Aspekt, aber auch, um praktische Erfahrungen in demokratischen Prozessen zu erlangen. Es spricht also vieles dafür, bereits in der Schule eine partizipative Kultur zu fördern. Ausgehend von der Prämisse, dass jeder Beitrag zählt („every contribution matters“), soll die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen gefördert und gemeinsame Kompromissfindung eingeübt werden (Jenkins et al. 2009: 6).

Neue Medien und Politische Bildung. Web 2.0 als Werkzeug für differenziertes/selbstgesteuertes, motivierendes und kreatives Lernen

Demokratisches und partizipatives Lernen – Lernen und Lehren mit neuen Medien

Die jugendliche Mediennutzung verändert unsere traditionelle Schreib-Lese-Kultur nachhaltig. „Sie bringt neue Informationsgewohnheiten und Informationsstile hervor. Dies hat massive Konsequenzen für den Bildungsbereich wie auch für alle anderen Bereiche, in denen es um Information, Beratung oder auch Dialog mit Jugendlichen geht.“ (Großegger 2011b: 16)

Im konventionellen Unterricht vermitteln Lehrerinnen und Lehrer ihr Wissen an Schülerinnen und Schüler, die anschließend zeigen müssen, was sie gelernt haben. In diesem Ansatz ist Lehren zum Großteil proaktiv und Lernen größtenteils reaktiv. Ziel dieses Prozesses ist es, Inhalt zu vermitteln, und die größte Herausforderung liegt darin, die effektivsten Methoden dafür zu finden. Sicherlich partizipieren Schülerinnen und Schüler an diesem Prozess, aber das Ausmaß der Selbst- und Mitbestimmung ist gering. Dies entspricht den Mustern und Anforderungen einer Produktions- und Industriegesellschaft. In einer High-tech- und Wissensgesellschaft verliert diese Art des Lehrens und Lernens an Effizienz. SchülerInnen müssen darauf vorbereitet sein, ihr Wissen kontinuierlich zu erneuern und konstruktive Antworten auf wechselnde Probleme und Kontexte zu finden. Die didaktische Theorie reagierte darauf mit einem Paradigmenwechsel. Aufbauend auf Erkenntnisse aus den Neurowissenschaften und der kognitiven Psychologie werden im konstruktivistischen Lernparadigma Lernen als Prozess der Informationsverarbeitung und Lernende als aktiv agierende Individuen begriffen.

BLENDED LEARNING

bezeichnet eine Kombination aus traditionellen Methoden mit netzgestützten, interaktiven didaktischen Herangehensweisen. Dadurch sollen Aufmerksamkeit, Motivation und Lernerfolg gesteigert werden. (Berger/Kühberger 2008: 64)

MEDIATISIERUNG

meint die „Veralltäglicung medialer Kommunikation und ihre Verschränkung mit sozialen Handlungspraktiken und kultureller Sinnkonstitution“ (Hasebrink/Lampert 2011: 26).

Mediatisierung beschreibt die wachsende Bedeutung der Medien für Arbeit, Alltag und soziale Beziehungen. Medien spielen eine immer größere Rolle, weil sie für das kommunikative Handeln in der Gesellschaft verwendet werden und so die Wirklichkeit beeinflussen. (Krotz 2007)

Das konstruktivistische Lernparadigma und der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien

Im Mittelpunkt des konstruktivistischen Lernparadigmas steht das situierte Lernen. Die zentrale Forderung besteht in der Ablösung des Frontalunterrichts durch einen möglichst praxisorientierten Unterricht. Durch das Schaffen von authentischen Lern- und Anwendungssituationen können Lernende das Wissen leichter in Alltagssituationen anwenden. Das geschieht am besten in gruppen- und teamorientierten Lernarrangements, denn Individuen lernen und handeln auch im Alltag miteinander. Bei einem Lernprozess handelt es sich immer um „geteiltes Wissen“, das bedeutet, jede und jeder Lernende bringt ihr/sein Wissen ein, Wissen wird ausgetauscht und so gemeinsam konstruiert. Deshalb kommt im konstruktivistischen Lernparadigma dem kollaborativen Lernen eine zentrale Bedeutung zu.

Die Rolle der Lehrperson gleicht mehr der eines Mentors/einer Mentorin, der oder die den Lernprozess begleitet, Orientierung, Unterstützung und Führung bietet, während SchülerInnen selbst Wissen erschließen, nutzen und schließlich kreieren. SchülerInnen werden aktive TeilnehmerInnen im Lernprozess.

Die Potenziale, die Neue Medien, allen voran das Internet, in Hinblick auf Multimediaalität und Interaktivität bieten, gilt es für die Unterstützung von Lernprozessen zu nutzen (Petko 2010). Das Internet verbindet visuelle, auditive, text- und bildhafte Information, wodurch eine neue komplexe Form der Wissensvermittlung entsteht. Damit einher geht auch ein intensivierter und vertiefter Austausch zwischen den Lernenden untereinander bzw. zwischen Lernenden und Lehrenden (ebd.: 10). „Lernende sind dabei nicht mehr nur Konsumentinnen und Konsumenten vorgefertigter Lernressourcen, sondern aktive Teilnehmende einer Wissensbildungsgemeinschaft.“ (ebd.: 15)

Die Jugendlichen verfügen in der Anwendung von Web-2.0-Applikationen mitunter über mehr Expertenwissen als ältere Generationen. Dieses Fachwissen muss als solches akzeptiert, gezielt gefördert und eingesetzt werden (Maier-Rabler/Neumayer 2008: 27). Doch gilt es auch hier zu differenzieren: Jugendliche unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Kompetenzen und der Art der Nutzung digitaler Medien beträchtlich. Die gezielte Förderung derer, die im Umgang mit neuen Technologien weniger versiert sind, ist unbedingt erforderlich, um zu verhindern, dass diese Jugendlichen den Anschluss an die Wissens- und Informationsgesellschaft verlieren.

Um auf die veränderten Anforderungen zu reagieren, die an junge Menschen in der Wissens- und Informationsgesellschaft gestellt werden, müssen sie verstärkt zu selbstgesteuertem Lernen angeregt werden. „Da medienbasierte Lernsituationen in hohem Maße selbstgesteuertes Lernen anregen beziehungsweise sogar fordern, scheinen diese Lernformen gerade im Hinblick auf erwartete Anforderungen gute Potenziale zu enthalten.“ (Meister 2004: 487)

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bieten große Chancen für die Umstellung auf ein konstruktivistisches Lernparadigma. Ein solcher Wandel findet mit dem Einsatz von IKT im Unterricht jedoch keineswegs automatisch statt, sondern er ist an vielfältige Bedingungen gebunden (Frey/Petko 2010: 54). Learning by doing und Experimentierfreudigkeit statt starrer Regeln sind laut der Studie von Livingstone (2002) für den Umgang mit Neuen Medien in den Schulen unbedingt notwendig.